

Informationsdienst des CGB

INTERN

Mai 2005

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Weltwirtschaft boomt wie seit Jahrzehnten nicht mehr, dennoch zieht die deutsche Wirtschaft nicht mit. Im vergangenen Jahr lag das Wirtschaftswachstum bei 1,7 Prozent. Aber auch die Prognosen für 2005 sind ernüchternd. Beim Wirtschaftswachstum in Europa wird Deutschland wieder zu den Schlusslichtern gehören. Das ist nicht zuletzt für den deutschen Arbeitsmarkt ein absolutes Warnsignal. Deshalb müssen wir alle zusammen entschlossen handeln! Denn unser Land hat mit hervorragend ausgebildeten Arbeitnehmern und tatkräftigen Unternehmern das Potential, von einem Wachstumsschlusslicht wieder zu einem Wachstumsmotor in Europa zu werden, aber sicher nicht unter dieser Bundesregierung.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen des CGB „Intern“.



Ihr Matthias Strebl, MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses Wirtschaft und Arbeit

Westerwelles Gewerkschaftsschelte

Von Martin Stock – CGB Bundesvorstand

Der 1.Mai ist oft der Tag der großen Worte. Nach Genosse Müntefering musste damit „selbstverständlich“ auch Guido Westerwelle „draufschlagen“, nach dem Motto: „Egal was ich sage, Hauptsache ich bin mal wieder in den Medien“.

Es sei ihm gegönnt, hatte man in den vergangenen Monaten bereits die Sorge, dass der „rheinische Spaßfaktor“ verstummt ist.

Allerdings ist es doch nicht ganz so spaßig, wenn offensichtlich in der politischen Diskussion immer mehr das Verallgemeinern Mode wird.

Lieber Herr Westerwelle, nehmen Sie doch einfach zur Kenntnis, dass es auf der einen Seite in gleicher Weise Unternehmer mit sozialem Gewissen und „Frühkapitalisten“ gibt, auf der anderen Seite engagierte und sozial verantwortlich handelnde Gewerkschafter ebenso wie „Klassenkampfunktionäre“.

Westerwelle annonciert für seine FDP immer wieder, dass sie eben keine reine Unternehmerklientel-Partei sei, sondern vielfältige Interessen vertrete. Wenn er das für sich in Anspruch nimmt, hat er auch die Pflicht, dies anderen zuzugestehen. Alle über einen Kamm zu scheeren, ist einfach politisch dumm. Wählerstimmen wird er damit wohl nur von denen gewinnen, die eigentlich nicht in das (zumindest schon einmal vorhanden gewesene) liberale Profil der FDP passen.

Termine * Termine * Termine

- 5. - 7.5. ADM-Verbandstag in Dresden
- 26. - 29.5. VkdL-Bundeskongreß in Speyer
- 3. - 5.6. CDA-Arbeitsgemeinschaft-Seminar in Königswinter
- 13. - 16.9. Bundesgewerkschaftstag CGPT
- 7. - 9.10. CDA-Arbeitsgemeinschaft Seminar in Königswinter
- 4.11. CGM-Thementag in Dresden

Sozialwahlen 2005 – Jede Stimme zählt

**Sie haben Ihre Wahlunterlagen
noch nicht bekommen ?**

Herausgeber:

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands
Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin
Tel.: 030 - 210 217 – 30
Fax.: 030 - 210 217 – 40
e-mail: cgb.bund@cgb.info
Internet: www.cgb.info.de
ViSdP: Gunter Smits
Redaktion: Martin Stock, Anne Kiesow

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des
Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands

Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme – Endlich Arbeit schaffen

Zentrale Maikundgebung des CGB in Dingolfing



CGB-Bundesvorsitzender Matthäus Strebl, MdB bei seiner Rede in der Stadthalle Dingolfing

Die zentrale Maikundgebung des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands hat auch dieses Jahr wieder großen Zuspruch gefunden. Über 700 Menschen fanden sich in der Stadthalle Dingolfing, der Heimatstadt des CGB Bundesvorsitzenden Matthäus Strebl, MdB, ein.

Die Maikundgebung stand dieses Jahr unter dem Thema „Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme - Endlich Arbeit schaffen“. Als besondere Gäste waren neben dem Bundesminister a.D. Horst Seehofer, MdB, Max Straubinger, MdB, CSU-Kreisvorsitzender, sowie der Generalsekretär der CFTC Métallurgie Frankreich Valère Jung geladen.

Als weitere Gäste konnten u.a. der Bundesvorsitzende der CGM Reinhardt Schiller, Raymund Kandler, Bundesvorstandsmitglied des CGB, der CGB-Schatzmeister Helmut Ortmann, der Landesvorsitzende des CGB-Saarland Adalbert Ewen, sowie das langjährige CGB-Mitglied Bernd Posselt aus dem Europäischen Parlament begrüßt werden.

Mit großem Beifall aufgenommen wurde die Rede CSA Vorsitzenden und frisch gekürten VdK-Landesvorsitzenden Horst Seehofer. In seiner Rede forderte er zu einer Wertediskussion über die Gesellschaftspolitik auf. In Zeiten, in denen unser Leben nur noch unter ökonomischen Gesichtspunkten gesehen wird, bleibt die soziale Verantwortung auf der Strecke, betonte Seehofer. Die neoliberale Wirtschaft dagegen greift um sich „wie eine Krake, und ihre Tentakel heißen kaputtsparen, deregulieren, sozialer Abstieg.“

Diese schleichende Werteververschiebung in der deutschen Sozialpolitik gilt es zu verhindern. „Wir brauchen wieder ein Prinzip des Füreinander-Einstehens“, sagte Seehofer „Der Mensch muss das Maß der Dinge sein und nicht das Kapital. Die Menschen suchen in Zeiten in denen Arbeitnehmer immer mehr zum Kostenfaktor werden, Orientierung in der christlichen Soziallehre.“

„Wir müssen wieder einen vernünftigen Ausgleich zwischen der wirtschaftlichen und der sozialen Verantwortung

zustande bringen,“ so Seehofer. Der modernen Sozialstaat mit seiner Teilhabe für alle Menschen darf nicht zurückgeschnitten werden zum alten Fürsorgestaat. Denn der Bürger wird wieder zum Bittsteller, wo sich Zuwendungen auf das reine Existenzminimum beschränken, so der CSU Politiker.

Dem Weg, immer mehr Menschen aus dem Geltungsbereich des Kündigungsschutzes auszuschließen, erteilten Seehofer und auch CGB Bundesvorsitzender Strebl auf der Maikundgebung eine klare Absage.

„Die Zukunft der Arbeitnehmerrechte darf nicht in der Radikalisierung des Marktes, in längeren Arbeitszeiten, niedrigeren Löhnen und dem Abbau sozialer Schutzrechte begründet sein“, betonte der CGB Bundesvorsitzende. Eine Lockerung des Kündigungsschutzes kann nicht zu mehr Beschäftigung führen. Das Arbeitsrecht ist in den vergangenen Jahren bereits vielfältig flexibilisiert worden, die Arbeitslosigkeit wurde dadurch aber nicht gesenkt.

Der Bundesvorsitzende der CGM Reinhardt Schiller unterstrich in seiner Rede den Anspruch seiner Gewerkschaft als die kreative Führungskraft, deren Arbeit vor allem den Betriebspartnern in diesen Zeiten wirtschaftlichen Umbruchs das entscheidende Mehr an Entscheidungsfreiheit garantiert. „Vieles, über das zwischen Großgewerkschaften, Wirtschaft und Politik gestritten wird, haben wir längst in erfolgreiche Realität umgesetzt und damit dazu beigetragen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, vorhandene zu sichern und jungen Menschen den Eintritt in eine erfolgreiche Erwerbsbiographie zu ermöglichen“, so der Chef der größten Einzelgewerkschaft des CGB.

Valère Jung rief in seiner Rede zur Solidarität von Arbeitnehmern über die nationalstaatlichen Grenzen auf. Deutschland und Frankreich stehen beim Umbau des Sozialstaates vor ähnlichen Herausforderungen. Die Antworten auf die Lösung der Probleme müssen nicht immer neu gesucht werden. Mitunter können die Ideen des Nachbarn weiterhelfen.

Auch die immer stärkere Zusammenarbeit von Unternehmen über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg sowie die Bildung neuer europäischer Konzerne stellt die Gewerkschaftsbewegung in Europa vor neue Herausforderungen. Diese aufzunehmen ist Ziel einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen CFTC und CGB.

Nach dem Ende der Maikundgebung trafen sich zahlreiche Teilnehmer bei herrlichem Sonnenschein zur Aufstellung des Maibaumes durch die Feuerwehr Dingolfing und zum nachfolgenden Speedwayrennen auf der Sandrennbahn Dingolfing.



Aus den Gewerkschaften:

GÖD: Bundeskongress wählte neuen geschäftsführenden Bundesvorstand

Die Delegierten des 13. ordentlichen Bundeskongresses der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) haben am 20./21. April 2005 in Augsburg einen neuen geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt und zukunftsweisende Anträge beraten und beschlossen.

Neuer Bundesvorsitzender ist Franz Heitbaum aus Werne-Stockum in Nordrhein-Westfalen. Zu seinen stellvertretenden Vorsitzenden wurden Hans-Jürgen Hänzel aus Dresden und der Saarländer Michael Schaad gewählt. In ihrem Amt bestätigt wurden der Schatzmeister Karl Paar aus München und die Schriftführerin Angelika Heimstädt. Obmann des Prüfungs- und Einigungsgremiums ist Georg Wehmayer aus Leitershofen bei Augsburg.

Götz Beyer ist aus gesundheitlichen Gründen zum Jahreswechsel 2004/2005 frühzeitig aus dem Amt des Bundesvorsitzenden ausgeschieden. In seinem Rechenschaftsbericht, der für das Jahr 2005 durch den stellv. Vorsitzenden Paul Schönborn ergänzt wurde, legte Beyer den Schwerpunkt auf die inneren Reformen der GÖD, die in den vergangenen Jahren stattgefunden haben. Regionalverbände sind im Südwesten und Nordosten gebildet worden. Damit ist die Leistungsfähigkeit der GÖD erheblich erhöht worden. Dieser Prozess ist weiterzuführen.

Anträge zum Projekt „Zukunft der GÖD“ sind mit überzeugender Mehrheit angenommen worden und haben den neugewählten Vorstand ermutigt, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Dabei soll auch ein neuer Generalsekretär helfen. Die Satzung wurde dahingehend ergänzt, dass der Bundesvorstand zukünftig einen GÖD Generalsekretär berufen kann.

Ein weiterer Schwerpunkt für die kommende Amtsperiode liegt in der Tarifarbeit des öffentlichen Dienstes. Neben der strukturellen Reform der Tarifverträge im öffentlichen Dienst muss die Vertretung der GÖD gegenüber Bund, Ländern und Kommunen, sowie zahlreichen nachzeichnenden Organisationen neu organisiert werden.

Nach der Begrüßung der Delegierten durch den Bayerischen GÖD-Landesvorsitzenden Josef Nikl sicherten der CGB-Generalsekretär Gunter Smits, der stellv. DHV-Verbandsvorsitzende Manfred Raible und der stellv. Bundesvorsitzende der Christlichen Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation (CGPT), Friedrich Roskopf, in ihren Grußworten ihre volle Unterstützung zu, damit diese Reformvorhaben zu einem erfolgreichen Ende geführt werden können.

CGB: Ulrich Bösl ist neuer Vorsitzender des CGB Nordrhein-Westfalen

Der CGB Landesverbandsausschusses in Nordrhein-Westfalen wählte am Wochenende vom 16./17. April in Dortmund einen neuen Landesvorsitzenden.

Ulrich Bösl, 46, wurde mit über 90 Prozent der Stimmen Nachfolger von Hans-Joachim Bondzio. Bösl stammt aus dem westfälischen Wadersloh und ist seit 1973 bei der Deutschen Post im Bereich Zustellung tätig. Zudem ist Bösl stellvertretender Bundesvorsitzender der Christlichen Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation (CGPT).

In seiner Heimatgemeinde Wadersloh leitet Bösl die CDU-Fraktion im Gemeinderat und ist im Kreistag des Kreises Warendorf aktiv. Er ist verheiratet und Vater zweier Kinder.

In NRW zählt der CGB 44.000 Mitglieder über nahezu alle Wirtschaftsbereiche hinweg.

Stellvertretende Vorsitzende wurden Detlef Lutz, CGM (Duisburg) und Hans-Joachim Bondzio, DHV (Gelsenkirchen). Weitere Mitglieder im Vorstand sind Nelly Friedrich, Franz Heitbaum, Josef Lehnen, Heinrich Schäfer, Karsten Stening, Rudolf Bruns und Thomas Springeneer.

DHV: Neuer Vorstand in Bayern gewählt

Im Rahmen des Landesverbandstages am 16. April 2005 in München wurde ein neuer Vorstand des DHV-Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband im CGB, Landesverband Bayern für die nächsten vier Jahre bestimmt. Dabei wurde Dipl.-Kfm. Ralf Holten als Landesvorsitzender in der Nachfolge von Günter Biesenberger gewählt. Er trat nach 33 Jahren nicht mehr zur Wiederwahl an, betrieb jedoch den Generationenwechsel aktiv und bleibt im geschäftsführenden Vorstand als Rechner. Neu in den Vorstand ernannt wurde Wolfgang Stögbauer als Schriftführer. Die weiteren Vorstandsmitglieder wurden in ihren Ämtern bestätigt. Barbara Sanktjohanser trat nicht mehr an. Sie wird sich jedoch weiterhin ehrenamtlich engagieren. Dem Vorstand als Beisitzer gehören an Willi Kaiser aus Bayreuth, Werner Lehmann aus Hof und Walter Swoboda, Nürnberg.

In seinem Referat „Sozialsysteme im Umbruch“, ging der DHV-Verbandsvorsitzende Jörg Hebsacker auf die Bedeutung und Historie sowie den Wandel der sozialen Systeme mit ihren fünf Säulen (Kranken-, Pflege-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) in Deutschland ein.

Historisch war die Einführung der Krankenversicherung in ihrer Weise die modernste Form, um die uns andere Länder beneideten. „Veränderungen in den Systemen sind nichts Neues oder ungewöhnliches, aber die heutigen sind wohl die gravierendsten“ so Hebsacker. Die ursprüngliche Krankenversicherung war z.B. wegen der fehlenden Lohnfortzahlung und des Kündigungsschutzes noch nicht wie heute auf eine medizinische Leistung ausgerichtet. Nach den Grundsätzen des DHV „Betroffene Bürger können Dinge besser regeln als der Staat“ wurden von der Kaufmannschaft solche Solidargemeinschaften wie Vorläufer der BfA oder DAK aufgebaut. In allen Reformansätzen, die momentan zur Diskussion stehen, ist die Tendenz mehr Dinge auf staatliche Ebene zu verlagern. „Ohne die Lösung der sozialen Problematik kann auch keine wirtschaftliche Gesundung eintreten“ sagte Hebsacker mit Blick auf die Wettbewerbsnachteile wegen der hohen Personalzusatzkosten.

Die Rückbesinnung des DHV auf seine berufsgewerkschaftlichen Wurzeln werden dem christlich-sozialen Grundverständnis gerecht und bejahen die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft.

CGB: Landesverband Rheinland - Pfalz wählt neuen Landesvorsitzenden

Am 30. April 2005 wählte der Landesvorstand des CGB Landesverbands Rheinland-Pfalz in einer außerordentlichen Sitzung einen neuen Landesvorsitzenden. Die Wahl war notwendig geworden, da der bisher amtierende Landesvorsitzende Friedrich Kessing sein Amt und seine Mitgliedschaft im Landesvorstand aus persönlichen Gründen niederlegte.

Zum neuen Landesvorsitzenden wurde der stellvertretende Landesvorsitzende Christian Hertzog, hauptamt-

lich Landesgeschäftsführer des DHV Landesverbands Rheinland-Pfalz/Saar, einstimmig gewählt. Der neue gewählte Landesvorsitzende würdigte die Arbeit und den Einsatz des ehemaligen Landesvorsitzenden, welche dem CGB zu einer größeren Akzeptanz in Rheinland-Pfalz verholfen hat.

Die zukünftige Arbeit des CGB Landesverbands soll nach Ansicht Hertzogs diesen Weg konsequent fortsetzen und die gesellschaftspolitische Position, wie auch die Akzeptanz des CGB in Rheinland-Pfalz weiter ausbauen. In die nunmehr frei gewordenen Position des stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde ebenfalls einstimmig der Kollege Wolfgang Schiele von der Krafftfahrgewerkschaft (KFG) gewählt.

* * * * *

Öffentliches Dienstrecht wird reformiert.

Die Bundesregierung hat mit einem 224 Seiten umfassenden Gesetzesentwurf ihre Vorstellungen für ein modernes öffentliches Dienstrecht vorgestellt. Die Anhörungsverfahren werden noch im Laufe des Monats Mai eingeleitet. Der CGB arbeitet an einer abschließenden Stellungnahme zum Strukturreformgesetz. Er befürwortet die Absicht, dass an der bundesweiten Einheitlichkeit des Beamtenrechts festgehalten werden soll. Das gilt auch für die Besoldung und Versorgung.

Daneben hat die Bundesregierung einen Entwurf zur nachhaltigen Finanzierung der Versorgung von Beamten (Versorgungsnachhaltigkeitsgesetz) vorgelegt. Der CGB kritisiert den Entwurf scharf. Die Gleichstellung der Beamtenversorgung mit gesetzlichen Rentenversicherung ist ein verfehilter Ansatz. Ein Nachhaltigkeitsfaktor, wie ihn die gesetzliche Rentenversicherung kennt, erzielt für die Versorgung keine Wirkung. Die Finanzierung der Versorgung erfolgt nicht in einem beitragsbezogenen Umlageverfahren, wie die der gesetzlichen Rentenversicherung. Damit ist ein solcher Nachhaltigkeitsfaktor systemwidrig. Der CGB hat die Befürchtung, dass mit diesem Entwurf nur das Ziel verfolgt wird, dass die Beamten in weiteres Mal für die Konsolidierung der öffentlichen Kassen geschröpft werden sollen. Die schriftliche Stellungnahme des CGB kann im CGB-Hauptstadtbüro angefordert werden.

Schließlich hat die Bundesregierung einen Entwurf zur Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetz vorgelegt. Kernpunkt der Änderung stellt die Aufhebung der Gruppen der Arbeiter und Angestellten zugunsten einer neuen Arbeitnehmergruppe dar. Der Gesetzesentwurf vollzieht damit die im Jahre 2001 erfolgte Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes. Die Änderung wird vom CGB grundsätzlich begrüßt, fördert sie doch die Vereinfachung der Wahlverfahren. Der CGB erarbeitet zur Zeit eine detaillierte Stellungnahme, die in Kürze veröffentlicht wird.

CGPT: T-Online Aktionärsversammlung am 28.04.05 in Hannover

Bei der T-Online-Aktionärsversammlung sprach als erster Redner Horst Lipperheide. Hier Auszüge aus der Rede:

„Mein Name ist Horst Lipperheide. Ich vertrete die Aktionärsvereinigung des Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verbands – DHV - im Christlichen Ge-

werkschaftsbund. Ich bin Mitglied der Christlichen Gewerkschaft für Postservice und Telekommunikation, CGPT.

Wir vertreten somit die Interessen der Aktionäre als auch der Arbeitnehmer, was in gewisser Weise einem Spagat gleich kommt. Als Organisation sind wir dafür, dass Deutschland ein Land der ‚Aktionäre‘ wird, also, sich das Denken der Menschen ändert, offen wird für wirtschaftliche Zusammenhänge und Abläufe und Neidkomplexe abgebaut werden. Auf der anderen Seite treten wir für eine humane Arbeitswelt ein, in der der Mensch im Mittelpunkt steht, noch „Luft zum Atmen“ hat und seine Würde über wirtschaftlichen Interessen steht und entsprechend zu schützen ist. Wir haben somit die Aufgabe, beide Interessen immer wohl abzuwägen.

Wir stellen fest, T-Online ist ohne Zweifel ein Erfolgsmodell. Durch den Verschmelzungsvorgang ist Vorarbeit für die dem Wirtschaftsstandort Deutschland wenig förderliche Kampagne von Herrn Müntefering geleistet worden. Andererseits hat Herr Müntefering offenbar nicht bemerkt, dass die Bundesregierung, als nach wie vor größter Aktionär, den hier vorgesehenen Verschmelzungsvorgang zu verantworten hat. Der Verschmelzungsvorgang mit diesen schlechten Konditionen ist so der größte Börsenskandal eines aus öffentlichem Eigentum heraus privatisierten Unternehmens.

Die T-Online-AG und die Deutsche Telekom AG haben dem Finanzstandort Deutschland sicherlich nichts Gutes getan und auch der Aktienkultur nicht gedient. Sie haben das Vertrauen von Aktionären, Anlegern, Kunden und Mitarbeitern nicht unbedingt positiv beeinflusst. Diese Form der Rückführung schadet dem Anlegervertrauen, sie beschädigt den Finanzplatz Deutschland, sie raubt zahllosen Kleinanlegern einen Teil ihrer Altersversorgung.

Ein klein wenig Entgegenkommen hätte dem Riesenräger und der miesen Stimmung, die jetzt dem Telekomvorstand seitens der Anlegerschützer und der Kleinaktionäre zu Recht entgegenschlägt, vermutlich die Spitze genommen – beispielsweise ein Abfindungsangebot im zweistelligen Eurobereich oder eine stattliche Sonderzahlung aus dem Geldspeicher von T-Online, der ja aus rund 4 Milliarden Euro besteht.“

Ähnlich hat auch Norbert Stiel auf der Aktionärsversammlung der Deutschen Telekom AG am 26. April vorgetragen. Sowohl Stiel als auch Lipperheide wurden wiederholt durch Applaus der Aktionäre unterbrochen. Die Fragen, die auf beiden Veranstaltungen vorgetragen wurden, haben die Vorstände umfassend vor allen anderen Redebeiträgen beantwortet.